

in	CFR HC	Politische Abteilung II
AM/15.10		
521.7		
532.2		
541.2		

TO DOA- AM/ZR 5.10.91 18

521.7

532.2

541.2 ✓ S.C. 41. Ind. 111.0.

Gesprächsnotiz

New Delhi, 10. Oktober 1991

S.C. 41. Ind. 157.0.Gespräche von Botschafter N. Imboden im indischen Handelsministerium8.10.91

Anwesend: Special Secretary S. Kanungo (K) (acting Commerce Secretary); Addl. Secretary A. Hoda (H) (Gatt-Unterhändler); Joint Secretary S. Gill (G) (Bilaterale Fragen); Botschafter N. Imboden (I); M. Ambühl

Anlässlich des Besuchs von Bundesrat Felber in Indien, führte I als Mitglied der Delegation von BRF ein rund 80-minütiges Gespräch mit hohen Vertretern des Handelsministeriums. Dabei wurden neben der neuen indischen Wirtschaftspolitik und bilateralen Wirtschaftsfragen (Investitionen, Handel, Doppelbesteuerung und Entwicklungshilfe) u.a. die folgenden Themen erörtert:

1. Investitionsschutz Abkommen (ISA)

I regte den Abschluss eines Investitionsschutzabkommen an, das gerade im Hinblick auf die Investitionsförderungsmassnahmen Indiens an Bedeutung gewonnen habe. K wies darauf hin, Indien sei in der Vergangenheit immer allen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Investoren nachgekommen, noch nie hätte Indien irgendein Abkommen nicht eingehalten. Deshalb sehe er auch keine Notwendigkeit für ein ISA. Gerade das Beispiel afrikanischer Staaten zeige, dass die Existenz eines ISA nicht notwendigerweise einen Schutz vor Verstaatlichung biete. Immerhin liess er sich durch das Argument, das ISA könne ein psychologisch wichtiges Signal an potentielle Investoren aussenden, ein wenig erweichen. Es kam aber klar zum Ausdruck, dass eine Aenderung der bisherigen kategorischen Haltung einer politischen Grundsatzentscheidung der Regierung bedarf.

- 2 -

Kommentar: Tags zuvor unterbreitete BRF dem Finanzminister den gleichen Vorschlag, den der Minister wohlwollend, jedoch absolut unverbindlich entgegennahm. Er meinte, er werde mit seinen Kabinettskollegen "Modalitäten für Investitionsförderungsinstrumente" diskutieren.

2. Gemischte Kommission (GK)

I bestätigte unser Einverständnis, eine GK im Mai/Juni 1992 durchzuführen - ein Datumsvorschlag, der vor einigen Tage von G unterbreitet wurde. I drückte den Wunsch aus, vor der nächsten GK Projekte der Zusammenarbeit zu identifizieren, um an der GK bereits konkrete Massnahmen vereinbaren zu können. Im Gespräch wurden folgende Varianten erörtert:

- a) Zusammenführung von schweizerischen und indischen Geschäftspartnern, um Investitionen zu fördern;
- b) Exportförderungsprogramm für indische Software;
- c) Massnahmen zur Förderung der Industrialisierung im Bereich von Textil- und Schmuck-Design (z.B. analog zum "Bally-Projekt");
- d) Massnahmen zur Förderung der Industrialisierung im Bereich von Präzisionsinstrumenten.

Kommentar: Zu a): In diesem Bereich ist bereits die "Technology for the People", finanziell unterstützt durch das BAWI, aktiv.

Zu b): Ein solches Programm könnte vermutlich am besten durch die indischen diplomatischen Vertretungen in der Schweiz gefördert werden, da dafür keine grossen finanziellen Mittel nötig sind und die ind. Botschaften auf Geheiss Delhis verstärkt in die Exportförderung einbezogen werden sollen und zudem diese Idee schon vom ind. Botschafter in Bern aufgenommen worden ist.

Zu c): Es könnte interessant sein, analog zu "Bally" ein Programm zu realisieren (d.h. mit Entwicklungshilfegeldern).

Zu d): Die Zusammenführung von Industriellen, z.B. durch die "Technology for the People", könnte überprüfenswert sein.

3. GATT-Uruguay Runde: Geistiges Eigentum (TRIPS)

I wies darauf hin, dass das Fehlen eines geeigneten Schutzes im Bereich der TRIPS ein Investitionshemmnis für Schweizer Firmen darstelle. H erläuterte die indische Haltung, die im westlichen unverändert geblieben ist (vgl. auch beiliegende Artikel über den Besuch der amerikanischen Handelsverteterin Hills). Bei aller Unveränderlichkeit der indischen Argumente liess H durchblicken, dass die Regierung vermutlich zu gewissen Konzessionen bei der am meisten umstrittenen Frage des Patentschutzes von Pharmazeutika (Wechsel von Prozess- auf Produktpatent, Verlängerung der Patentdauer) bereit sein könnte, wäre eine Problemlösung nicht innenpolitisch blockiert. Im Parlament habe die Anti-TRIPS-Lobby 250 Volksvertreter mobilisieren können, was es der gegenwärtigen (Minderheits-)Regierung unmöglich mache, Flexibilität zu zeigen. Dazu komme der Druck der einheimischen Fabrikanten, die an einer Verbesserung des Patentschutzes kein Interesse hätten. Ein Nachgeben unter äusserem Zwang sei deshalb schwierig und die "Special 301"-Aktion der USA kontraproduktiv.

Kommentar: In der Tat dürfte die "Special 301" in einem Land mit der Kolonialgeschichte Indiens eine Trotzreaktion hervorrufen. Andererseits trifft es zu, dass sich in Indien nichts ohne Druck ändert. Das Dilemma der amerikanischen Handelsdiplomatie wird somit darin bestehen, einen optimalen Weg dazwischen zu finden.

M. Ambühl

Beilagen: 2 Presseartikel betr. "Special 301"

Kopie: - Herrn Botschafter N. Imboden (mit Beilage)
 - BAWI, GATT-Dienst (Punkt 3) (mit Beilage)
 - BAWI, Länderdienst (Punkt 1 und 2)
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Politische Abteilung II
 - Delegation Genf (Punkt 3) (mit Beilage)